PRESSE-
KONFERENZ
10.11.2026

ZUWANDERUNG STABILISIERT ÖSTERREICHS PENSIONEN

Rund 1,7 Millionen Beitragszahlende mit Einwanderungsgeschichte sichern bis 2035 das Umlagesystem und die Daseinsvorsorge

RENATE ANDERL
Präsidentin der AK Wien

WOLFGANG PANHÖLZL
Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien

GÜNTHER OGRIS
Studienautor, Dema-Institut

AK WIEN

ZUWANDERUNG STABILISIERT ÖSTERREICHS PENSIONEN

Das österreichische Pensionssystem steht vor einem historischen Generationenwechsel: Die Babyboomer gehen in Pension, die Zahl der Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte sinkt. Eine Untersuchung des Dema-Instituts im Auftrag der AK Wien zeigt anhand der Mikrozensus-Daten der Statistik Austria, wer die Pensionsversicherung stabilisiert: Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte. Schon heute stammt rund ein Viertel aller Pensionsbeiträge von ihnen – rund 11 bis 12 Milliarden Euro pro Jahr.

Das Wichtigste in Kürze

- **+365.000 / –155.000:** Zwischen 2019 und 2025 stieg die Zahl der Beitragszahlenden mit Einwanderungsgeschichte um 365.000, jene ohne sank um 155.000. Ohne Zuwanderung wäre die Zahl der Beitragszahlenden gesunken statt um 210.000 gestiegen.
- **Jede:r Dritte ab 2029:** Ab 2029 hat jede:r dritte Beitragszahlende eine Einwanderungsgeschichte, 2035 sind es in der Basisvariante, die der Erwerbsprognose der Statistik Austria entspricht, 37 Prozent – je nach Szenario 35 bis 41 Prozent.
- **Rund ein Viertel der Beiträge:** Laut AK-Abschätzung stammen 25 bis 27 Prozent der Pflichtbeiträge – 11 bis 12 Milliarden Euro jährlich – von Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte: rund 5 Milliarden mit EU-, 6,5 bis 7 Milliarden mit Drittstaaten-Hintergrund.
- **5 zu 1 statt 2 zu 1:** Auf eine Person im Pensionsalter kommen bei Menschen mit Einwanderungsgeschichte mehr als fünf Beitragszahlende, ohne Einwanderungsgeschichte rund zwei.
- **Auch ohne neue Zuwanderung:** Die Netto-Zuwanderung ist 2025 auf 30.700 gesunken. Selbst bei einem vollständigen Zuwanderungsstopp wächst die Zahl der Beitragszahlenden mit Einwanderungsgeschichte bis 2035 auf 1,61 Millionen.
- **Die AK fordert:** Qualifikationen rasch anerkennen, faire Arbeit statt Hilfsjobs, Spurwechsel von Asyl in reguläre Beschäftigung.

Renate Anderl, AK-Präsidentin:

„Wer über sichere Pensionen spricht, darf über die Leistung von Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte nicht schweigen. Während bei den Beschäftigten mit österreichischer Staatsangehörigkeit die Pensionierungswelle rollt, haben 365.000 zusätzliche Erwerbstätige das System stabilisiert. Sie zahlen ein, packen an und sichern den Lebensstandard der älteren Generation. Gleichzeitig halten sie vom Spital über den Bau bis in akademische Spitzenberufe unser Land am Laufen. Wer diese Menschen pauschal abwertet, gefährdet die Pensionen und riskiert den Stillstand unserer Daseinsvorsorge. Wir fordern eine Politik, die vorhandene Fähigkeiten nutzt, statt Menschen in Hilfsjobs zu blockieren."

Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien:

„Rund ein Viertel aller Pensionsbeiträge, 11 bis 12 Milliarden Euro im Jahr, zahlen heute Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Seit 2019 wächst die Beschäftigung in Österreich ausschließlich durch Zuwanderung. Das eigentliche Problem für unsere Pensionen ist nicht die Zuwanderung, sondern die niedrige Geburtenrate – und Zuwanderung ist die Lösung dafür. Ohne sie würde die Zahl der Beschäftigten deutlich sinken. Wir müssen zum einen alle Erwerbspotenziale ausschöpfen, bei Älteren durch altersgerechte Arbeitsplätze, bei unfreiwilliger Teilzeit, gerade bei Frauen und bei der Qualifizierung von arbeitslosen Menschen. Als das müssen wir tun. Aber eines ist klar: der entscheidende Hebel für das

Beschäftigungsvolumen und die Pensionsfinanzierung ist die Zuwanderung. Nur dadurch können die Pensionen der Babyboomer und der Jungen gewährleistet werden“

DIE UNTERSUCHUNG

Das Dema-Institut hat die Struktur der Erwerbstätigen und Pensionsversicherten in Österreich analysiert und bis 2035 fortgeschrieben: Als Datenbasis dienen der Mikrozensus der Statistik Austria über sieben Erhebungsjahre von 2019 bis 2025 sowie die offizielle Bevölkerungsprognose 2025. Erfasst wurden alle Personen mit Hauptwohnsitz in Österreich, die über ein Beschäftigungsverhältnis laufend Pensionsbeiträge zahlen. Eingerechnet sind auch vorübergehend Arbeitslose, da sie im Jahresschnitt lediglich rund 131 Tage arbeitslos gemeldet sind und im restlichen Jahr regulär versichert arbeiten. Zur Gruppe mit Einwanderungsgeschichte zählen Menschen der 1. und 2. Generation (entspricht dem Migrationshintergrund der Statistik Austria).

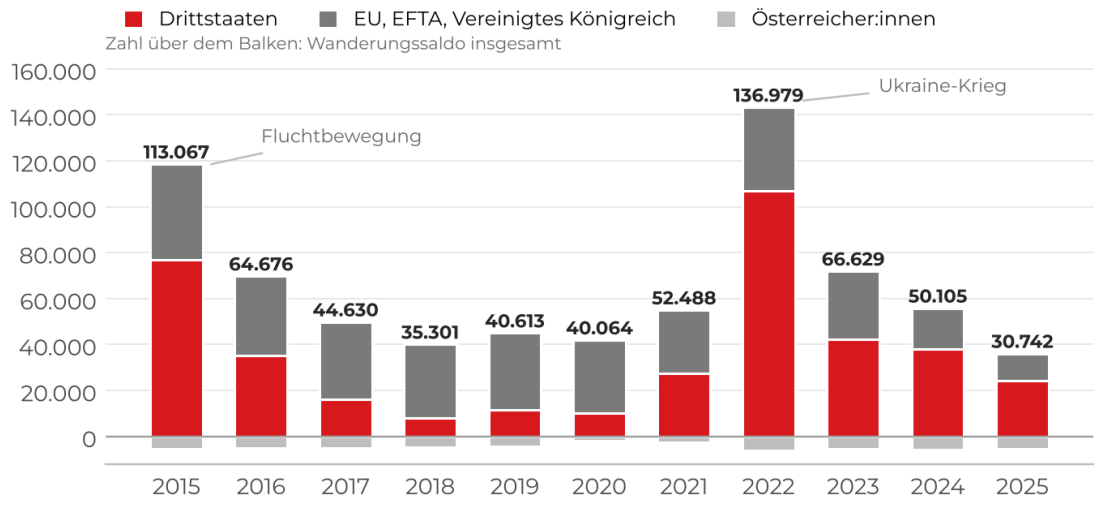
Das Prognosemodell berechnet die Entwicklung der Beitragszahlenden bis 2035 und preist vier reale Sondereffekte ein. Für die vergangenen Jahre sind das die Fluchtbewegungen durch den Syrien-Krieg ab 2015 sowie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ab 2022. Für die Zukunft berücksichtigt das Modell den Pensionsantritt der Babyboomer und die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters bis 2033. Letztere bringt dem Arbeitsmarkt jährlich rund 20.000 Frauen, zu vier Fünfteln ohne Einwanderungsgeschichte. Bis 2033 dämpft dieser Effekt das Schrumpfen der einheimischen Beitragszahler, danach beschleunigt sich der Rückgang merklich.

Günther Ogris, Studienautor und wissenschaftlicher Leiter des Dema-Instituts:
„Vergangene Analysen haben die Bedeutung der Zuwanderung für das Pensionssystem massiv unterschätzt. Unser Modell stützt sich direkt auf die Mikrozensus-Daten der letzten sieben Jahre und bildet die reale Erwerbsbeteiligung genau ab. Die Zahlen belegen: Ohne das kontinuierliche Nachrücken jüngerer Generationen mit Einwanderungsgeschichte wäre die finanzielle Basis unseres Pensionssystems längst eingebrochen.“

Rückblick: Wie sich die Zuwanderung entwickelt hat

Die Netto-Zuwanderung schwankt stark und hängt von Kriegen und Krisen ab. Seit dem Ausnahmejahr 2022 ist sie deutlich zurückgegangen.

Grafik 1: Wanderungssaldo 2015–2025 nach Staatsangehörigkeit



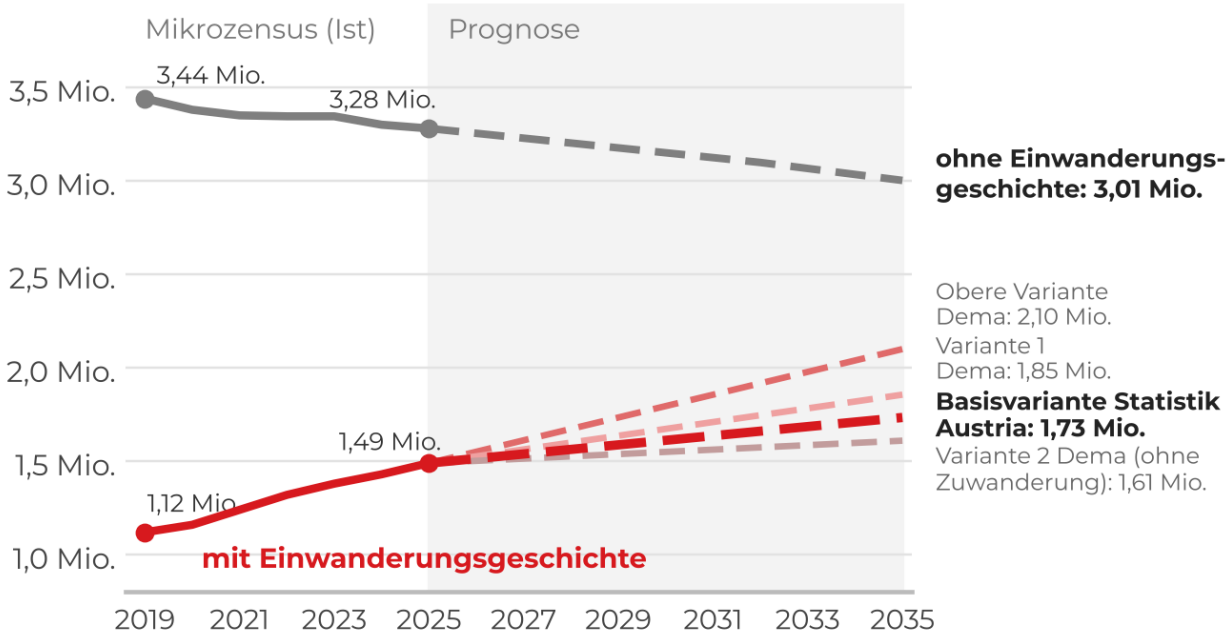
Grafik: AK Wien · Quelle: Statistik Austria, Wanderungsstatistik (Migration & Integration 2026). Saldo = Zuzüge minus Wegzüge nach Staatsangehörigkeit.

- **Zwei Spitzen:** 2015 (rund 113.000) durch die Fluchtbewegung, 2022 (rund 137.000) durch den Krieg in der Ukraine.
- **Deutlicher Rückgang:** 2025 lag der Saldo nur noch bei rund 30.700 – nach 50.100 im Jahr 2024.
- **EU als wichtigste Herkunftsregion:** Knapp die Hälfte aller Zuzüge 2025 (49 Prozent) kam aus anderen EU- und EFTA-Staaten bzw. dem Vereinigten Königreich, vor allem aus Deutschland, Rumänien und Ungarn; 42 Prozent aus Drittstaaten. Netto überwog 2025 die Zuwanderung aus Drittstaaten (+24.400 gegenüber +11.600).
- **Prognosen lagen daneben:** Das Langfristgutachten 2021 der Alterssicherungskommission ging von 31.000 Personen pro Jahr aus – 2020 bis 2024 wurde dieser Wert jedes Jahr deutlich übertroffen.

Beitragszahlende: Entwicklung und Prognose bis 2035

Das Pensionssystem beruht auf dem Generationenvertrag: Die laufenden Beiträge der Erwerbstätigen finanzieren die Pensionen. Seit 2019 ist die Zahl der Beitragszahlenden um rund 210.000 gestiegen – rechnerisch zur Gänze durch Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Während deren Zahl von 1,12 Millionen im Jahr 2019 auf 1,49 Millionen im Jahr 2025 kletterte und im heurigen Jahr bereits bei rund 1,51 Millionen liegt, sank die Gruppe ohne Einwanderungsgeschichte von 3,44 auf 3,28 Millionen. Dieser Rückgang setzt sich fort: Bis 2032 verliert diese Gruppe jährlich knapp 26.000 Beitragszahlende, danach beschleunigt sich das Minus auf fast 32.000 pro Jahr, weil das Frauenpensionsalter vollständig angeglichen ist und die letzten geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den Ruhestand treten.

Grafik 2: Beitragszahlende mit und ohne Einwanderungsgeschichte 2019–2035



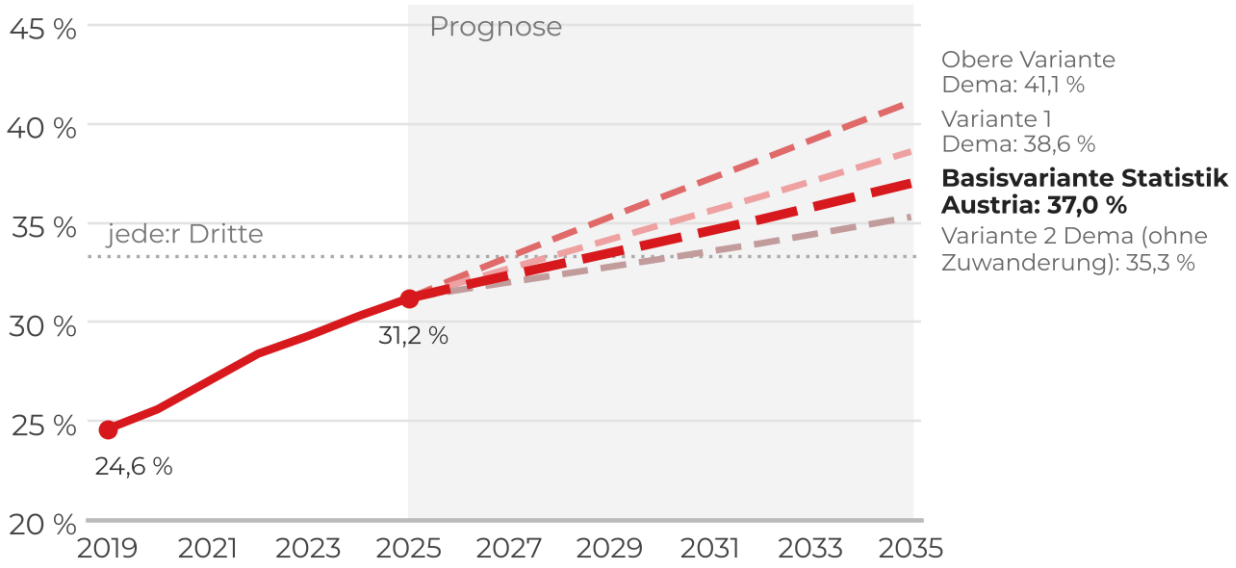
Grafik: AK Wien · Quelle: Dema-Institut 2026 auf Basis Mikrozensus 2019–2025 und Bevölkerungsprognose 2025; Basisvariante entspricht der Erwerbsprognose 2025 der Statistik Austria. Erwerbstätige inkl. vorübergehend Arbeitsloser.

Die künftige Entwicklung bis 2035 fächert das Dema-Institut anhand von vier Szenarien auf. Als realistischer Orientierungsrahmen dient die *Basisvariante der Statistik Austria* mit einer gedämpften Zuwanderung (40 Prozent), die für 2035 von 1,73 Millionen Beitragszahlenden mit Zuwanderungsgeschichte ausgeht. Bei einer moderaten Dämpfung auf 60 Prozent (*Variante 1 Dema*) steigt diese Gruppe auf 1,85 Millionen. Die *obere Dema-Variante*, die den Zuwachs der

Jahre 2019 bis 2025 von jährlich 61.000 Personen fortschreibt, markiert mit 2,10 Millionen die obere Bandbreite; da die Netto-Zuwanderung zuletzt spürbar gesunken ist, bildet sie ein Maximal-Szenario ab. Doch selbst bei einem vollständigen Stopp jeglicher Netto-Zuwanderung (*Variante 2 Dema*) wächst die Zahl der Beitragszahlenden rein durch den demografischen Generationenwechsel um jährlich rund 12.000 auf 1,61 Millionen an. Die Gesamtzahl der Beitragszahlenden liegt im Jahr 2035 in der Basisvariante bei rund 4,7 Millionen und deckt sich mit der offiziellen Erwerbsprognose 2025 der Statistik Austria.

Hinter diesen Zahlen steht ein Wandel am Arbeitsmarkt: Der Anteil der Beitragszahlenden mit Einwanderungsgeschichte stieg von 24,6 Prozent im Jahr 2019 auf 31,2 Prozent im Jahr 2025 – das entspricht einem Zuwachs von rund einem Prozentpunkt pro Jahr. Ab 2029 wird jede dritte erwerbstätige Person eine Einwanderungsgeschichte haben. Bis 2035 steigt dieser Anteil in der Basisvariante auf 37,0 Prozent und in der oberen Dema-Variante auf vier von zehn Beschäftigten (41,1 Prozent). Selbst ohne jegliche Zuwanderung wächst dieser Anteil rein rechnerisch auf 35,3 Prozent. Das belegt: Ein beträchtlicher Teil dieses Wachstums speist sich keineswegs aus Neuzuwanderung, sondern aus jungen Menschen der zweiten Generation, die in Österreich geboren und aufgewachsen sind und nun in den Beruf nachrücken. Zudem zeigt die Aufenthaltsdauer, dass es sich um ein stabiles, dauerhaftes Fundament handelt: Bereits heute leben 61,8 Prozent der erwerbstätigen ersten Generation seit mehr als zehn Jahren im Land, über ein Drittel sogar schon länger als 20 Jahre.

Grafik 3: Anteil der Beitragszahlenden mit Einwanderungsgeschichte 2019–2035

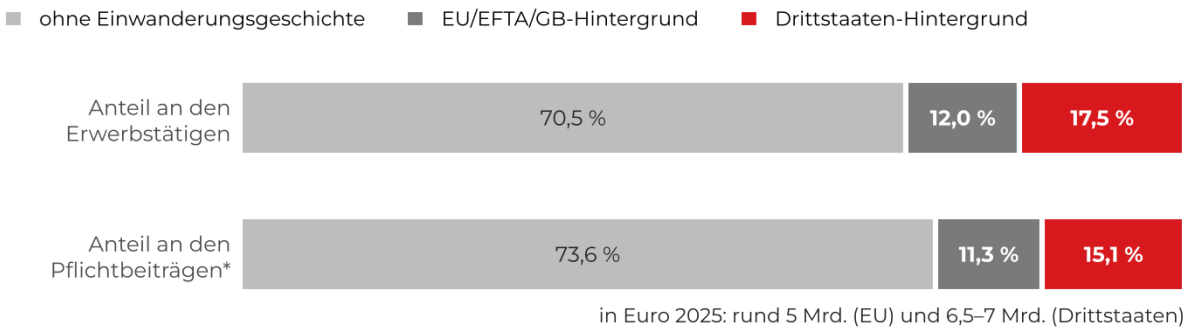


Grafik: AK Wien · Quelle: Dema-Institut 2026 auf Basis Mikrozensus 2019–2025; Basisvariante entspricht der Erwerbsprognose 2025 der Statistik Austria. Anteil an allen Beitragszahlenden.

WAS ZUWANDERUNG ZUR PENSIONSFINANZIERUNG BEITRÄGT

Für die Finanzierung zählt nicht nur die Zahl der Köpfe, sondern die Beitragssumme – und die hängt vom Einkommen ab. Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit verdienen im Mittel rund ein Fünftel weniger als österreichische Staatsangehörige (Netto-Median 2024: 29.200 gegenüber 36.000 Euro). Ihr Anteil an den Beiträgen ist daher etwas kleiner als ihr Anteil an den Erwerbstätigen. Die AK hat das abgeschätzt:

Grafik 4: Anteil an Erwerbstätigen und an Pensionsbeiträgen nach Herkunft



Grafik: AK Wien · *AK-Abschätzung (mittlere Variante, Bandbreite 25–27 %) auf Basis Mikrozensus 2025, Lohnsteuerdaten 2024 und Mittelfristgutachten PV 2025–2030 (Pflichtbeiträge 2025: 44,9 Mrd. Euro).

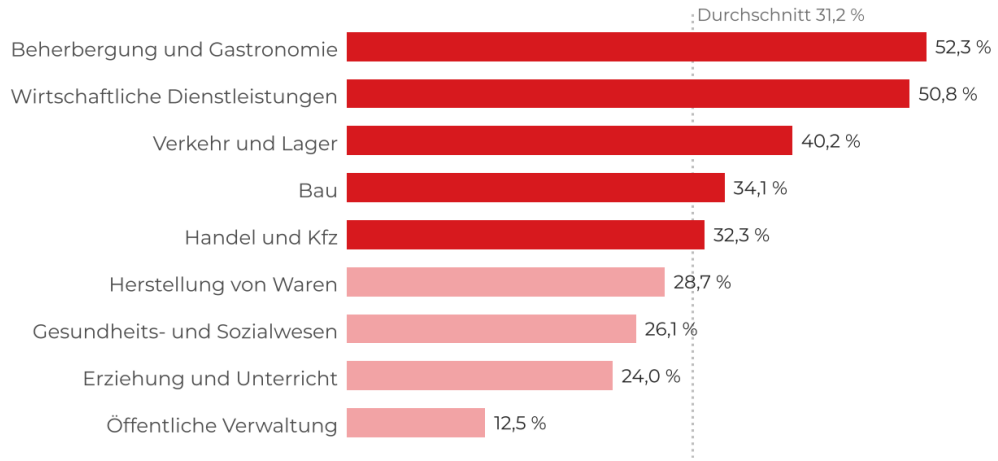
Von den 44,9 Milliarden Euro an Pflichtbeiträgen im Jahr 2025 stammten 25 bis 27 Prozent (11 bis 12 Milliarden Euro) von Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte. Rund 5 Milliarden Euro entfallen auf Beschäftigte aus dem EU-Raum, weitere 6,5 bis 7 Milliarden Euro auf Drittstaaten-Angehörige (größte Einzelgruppe: ehemaliges Jugoslawien). Grundlage dieser Berechnung sind die Daten der Statistik Austria zu Beschäftigung und Einkommen, verknüpft mit den Zahlen der Alterssicherungskommission. Die rund 290.000 zusätzlichen eingewanderten Erwerbstätigen seit 2019 bringen jährlich rund 2,5 Milliarden Euro ein – und federn so das Minus von 1,6 Milliarden Euro ab, das durch den Rückgang bei Erwerbstätigen ohne Einwanderungsgeschichte entstand.

Entscheidend ist die Altersstruktur: Nur 10,5 Prozent der Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind 65 oder älter (ohne Einwanderungsgeschichte: 23,7 Prozent). Auf eine Person im Pensionsalter kommen hier mehr als fünf Erwerbstätige – statt rund zwei zu eins bei Einheimischen. Zwar erwerben auch sie künftige Pensionsansprüche, doch die Entlastung wirkt über Jahrzehnte exakt in der Pensionierungswelle der Babyboomer. Umso wichtiger sind gute, stabile Jobs: Höhere Einkommen bedeuten höhere Beiträge heute und existenzsichernde Pensionen morgen.

UNVERZICHTBAR FÜR DASEINSVORSORGE UND PENSION

Die Daten des Mikrozensus räumen mit dem Vorurteil auf, dass zugewanderte Erwerbstätige ausschließlich in Hilfsjobs tätig seien – und zeigen zugleich, wie sehr zentrale Branchen von ihnen getragen werden.

Grafik 5: Anteil der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte nach Branche, 2025



Grafik: AK Wien · Quelle: Dema-Institut 2026 auf Basis Mikrozensus 2025; Anteil der Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte je Branche.

- **Hochqualifiziert:** Rund 250.000 Menschen mit Einwanderungsgeschichte arbeiten in akademischen Berufen in Lehre, Technik und Wissenschaft, weitere 58.000 in Führungspositionen.
- **Tragende Säule der Grundversorgung:** Mehr als die Hälfte der Beschäftigten in Gastronomie und Beherbergung sowie in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen hat eine Einwanderungsgeschichte, im Transport- und Lagerwesen 40 Prozent, am Bau über ein Drittel.
- **Gesundheit und Pflege:** Rund 134.000 Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte sichern tagtäglich den Betrieb in Spitälern und Pflegeeinrichtungen.

Ein Einbremsen oder gar Stoppen der Zuwanderung hätte daher einen doppelten Kippeffekt: Es würde der Pensionsversicherung Milliarden an Beiträgen entziehen und gleichzeitig die Daseinsvorsorge unter massiven Druck setzen:

„Zuwanderung sichert die Entwicklung des Arbeitsmarktes und unser Sozialsystem“, bekräftigt AK-Präsidentin Renate Anderl. „Die Wahrheit ist: Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind keine Bittsteller, sie halten dieses Land am Laufen – nicht nur am Bau oder in der Reinigung, sondern mit einer Viertelmillion Kräften in akademischen Berufen, in den Laboren, Schulen und Chefetagen. Wer Zuwanderung stoppen will, muss den Menschen die Wahrheit sagen: Dann fehlen uns Milliarden in der Pensionsversicherung – und in den Spitälern, Pflegeheimen und Betrieben geht das Licht aus, weil niemand mehr da ist, der die Arbeit macht. Wer Zuwanderung ausschließlich als Belastung darstellt, hat nicht begriffen, was zugewanderte Menschen für uns alle leisten.“

Eine eigene Kasse für Zuwanderer? Die Rechnung ginge nach hinten los

Immer wieder wird gefordert, eine eigene Sozialversicherung für Zuwanderer zu schaffen – zuletzt im Februar 2026 aus Oberösterreich in Form einer eigenen Krankenkasse für Nicht-EU-Migrant:innen. Zu Ende gedacht hieße das auch eine eigene Pensionsversicherung. Das Ergebnis wäre das Gegenteil der beabsichtigten Ausgrenzung:

Eine solche Zuwandererkasse hätte über viele Jahre hohe Überschüsse mit rund 1,5 Millionen Beitragszahlenden, aber vergleichsweise wenigen Menschen im Pensionsalter. Die Pensionsversicherung für die einheimische Bevölkerung – in der die Babyboomer in Pension gehen und immer weniger Junge nachrücken – stünde schlagartig vor einem massiven Defizit und müsste vom Staat mit Milliarden gestützt werden. Die Erwerbseinkommen eingewanderter Menschen tragen also ganz direkt den Generationenvertrag. Wer sie abspalten will, sägt an dem Ast, auf dem Österreichs Pensionist:innen sitzen.

„Die Berechnungen zeigen, dass unser Umlagesystem derzeit enorm von Erwerbstätigen mit Einwanderungsgeschichte profitiert“, unterstreicht Wolfgang Panhölzl, Leiter der Abteilung Sozialversicherung der AK Wien. „Sie gehören einer jüngeren Bevölkerungsgruppe an, stehen mitten im Erwerbsleben und beziehen vergleichsweise selten eine Pension. Schon heute kommt rund ein Viertel der Pensionsbeiträge, das sind 11 bis 12 Milliarden Euro im Jahr, von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Gleichzeitig profitieren sie selbst nicht im selben Ausmaß: Wer erst als junger Erwachsener ins System einsteigt, kommt kaum auf die 45 Jahre, die für eine Schwerarbeits- oder Langzeitversicherungspension nötig sind – obwohl ein Drittel der Bauarbeiter:innen eingewandert ist. Ohne Berufsschutz ist auch die Invaliditätspension schwer erreichbar und Versicherungslücken führen oft zu niedrigen Pensionen. Die populistische Forderung nach einer separaten Zuwanderungskasse entlarvt sich bei genauer Betrachtung als reine Farce: Eine solche Kasse stünde finanziell blendend da – während die herkömmliche Pensionsversicherung ohne diese Beitragszahler:innen schlagartig in massive Schieflage geriete. Klar ist: Ohne Zuwanderung hätten wir in der Pensionsfinanzierung ein

echtes Problem. Mit Zuwanderung und einer höheren Beschäftigung von Frauen und Älteren sind die Pensionen auch für unsere Jungen gesichert."

FORDERUNGEN DER AK

Aufbauend auf diesen Befunden fordert die Arbeiterkammer eine Neuausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik:

1. Potenziale nutzen statt blockieren

- Ausländische Qualifikationen **rasch anerkennen** – bei anhaltendem Fachkräftebedarf ist Dequalifizierung ein massiver volkswirtschaftlicher Verlust, wenn vorhandenes Können nicht entsprechend genutzt wird
- **Kinderbetreuung ausbauen** und lückenlose, **tatsächlich verfügbare Deutschkurse** anbieten.
- Ziel: höhere Einkommen und damit stärkere Pensionsbeiträge statt prekärer Hilfsjobs.
- **Ältere in Beschäftigung halten:** Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen anheben – mit altersgerechten Arbeitsplätzen und dem Bonus-Malus-System für Betriebe.

2. Nachhaltige Integration vor schneller Hilfsarbeit

- **Faire Entlohnung, gesunde Arbeitsbedingungen** und verlässliche soziale Absicherung für alle, die den Wohlstand erwirtschaften.
- AMS: weg vom reinen Vermittlungsdruck und vom **Drehtüreffekt** zwischen Kurzzeitbeschäftigung und Arbeitslosigkeit; **Qualifizierung auch als gleichrangiges Ziel** verfolgen wie die Vermittlung
- Ausreichende **Existenzsicherung während der Qualifizierung** gewährleisten.
- **Faire Pensionen für alle, die einzahlen:** Wer spät ins Erwerbsleben einsteigt, öfter arbeitslos ist oder unter der eigenen Qualifikation arbeitet, erreicht seltener die Schwerarbeits- und Langzeitversicherungspension oder den Berufsschutz und hat häufiger eine niedrige Pension. Anerkennung von Qualifikationen und stabile Erwerbsverläufe sind daher auch Pensionspolitik.
- **Spurwechsel zur Rot-Weiß-Rot-Karte** für Asylwerbende, die die Kriterien erfüllen und ein konkretes Jobangebot haben. Das sichert Fachkräfte und bringt von Tag eins an Steuern und Pensionsbeiträge.

ZUWANDERUNG STABILISIERT ÖSTERREICHS PENSIONEN

Rückfragehinweis

Arbeiterkammer Wien
Nani Kauer
1040, Prinz Eugen Straße 20-22
M: +43 664 6145915
E-Mail: nani.kauer@akwien.at